



Dipl. Ing. (FH) Reinhard Bernsdorf Ehrenbürgstraße 5a, 81249 München

München, 18. November 2020

Mehr Transparenz gefordert

Bürgerantrag:

Der Stadtrat, das Direktorium und der Oberbürgermeister sollen für mehr Transparenz zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger und der Medien sorgen.

Begründung:

Es ist nun schon eine Zeit her, als noch sehr viele Unterlagen mit Schreibmaschine erfasst und dann mühsam vervielfältigt werden mussten. Computer und Drucker als auch das sehr weit verbreitete Internet haben deutlich bessere Möglichkeiten geschaffen um mehr Informationen an alle Bürgerinnen und Bürger zu senden oder diese selber zu lesen.

Wenn Bürgerinnen und Bürger in Bürgerversammlungen Anträge vortragen, werden die Antragstellerinnen und Antragsteller namentlich aufgerufen und alle Teilnehmer der Versammlung erfahren vom Inhalt des Begehrens als auch den Namen des Antragstellers. Auch die anwesenden Pressevertreterinnen und –Vertreter. Auch bei Bezirksausschusssitzungen verhält sich dies bei mündlichen Anträgen genauso. Warum ist dabei der Name des Antragstellers kein Problem?

Wenn jedoch eine Bürgerin oder ein Bürger einen Antrag an einen Bezirksausschuss schriftlich stellt, dann erfahren weder die Teilnehmer und Teilnehmerinnen den Namen noch den genauen Inhalt des Antrags. Der anwesenden Presse geht es ebenso.

Dies genau soll sich möglichst bald ändern. Wenn also jemand eine Entscheidung oder Unterstützung eines Anliegens erwartet, so muss der gesamte Inhalt des Antrags bekannt sein als auch ggf. der Name der Antragstellerin oder des Antragstellers. Nur dann ist es möglich, dass alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger grundlegend mitreden können.

Anträge und Stellungnahmen seitens der städtischen Verwaltung (Referate) werden den Bezirksausschussmitgliedern über die BA-Geschäftsstellen zugeleitet. Da stellt sich die Frage: Warum erhalten die Mitglieder der Bezirksausschüsse diese Unterlagen nicht direkt vom Absender, obwohl doch deren Namen und e-Mail-Adressen bekannt sind? Es ist relativ einfach für 25 Münchner Bezirksausschüsse 25 e-Mail-Verteilerlisten einzurichten. Natürlich ist es sinnvoll in diese Verteilerlisten auch die jeweiligen Geschäftsstellen mit aufzunehmen und ggf. weitere Adressaten, so noch andere Stellen mit informiert werden müssen. Auch sollte es möglich sein, diese Unterlagen direkt in das

aktuell genutzte DV-System Alfresco und dem Rathausinformationssystem (RIS) des jeweiligen BAs einzupflegen. Dies würde die jeweiligen BA-Geschäftsstellen unmittelbar wenigstens etwas entlasten.

Auch ist es nicht in Ordnung, wenn die BA-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter der Geschäftsstellen den BA-Vorsitzenden erst fragen müssen, ob sie die eingetroffenen Information oder Unterlagen an die BA-Mitglieder weitergeben dürfen.

Die von der Verwaltung bzw. Referaten erarbeiteten Unterlagen müssen auch die Bürgerinnen und Bürger lesen können um dazu auch ggf. qualifiziert Stellung nehmen zu können. Derzeit sind diese Unterlagen in Alfresco zwar hinterlegt, aber diese werden absichtlich blockiert („nicht barrierefrei“), so dass diese Unterlagen weder von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von der Presse gelesen werden können. Auf Nachfrage werden die Unterlagen dann doch der Presse zugänglich gemacht. Warum nicht auch den Bürgerinnen und Bürgern?

Auch sind die Grafiken (z. B. Architekturpläne) immer noch nicht in IT-tauglicher Form, so dass sie noch nicht über Alfresco bzw. dem RIS zur Verfügung gestellt werden können. Heutzutage erhält jeder Bauherr seine Baupläne elektronisch.

Hier wird der Datenschutz, die Europäische Datenschutzgrundverordnung über das Recht der Informationsfreiheit gestellt und dies muss sich schnellstmöglich ändern. Nur gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage an Problemstellungen aktiv mitzuarbeiten. Sollte der Name des Verfassers wirklich das Hindernis zur Veröffentlichung darstellen, so soll dann auf den Namen verzichtet werden um die Veröffentlichung zu ermöglichen.

Viel wird vom mündigen Bürger gesprochen, aber noch immer **gibt es große Barrieren, die schnellstmöglich beseitigt werden müssen**. Eine Großstadt wie München darf es sich nicht weiterhin leisten auf die Expertise von vielen qualifizierten Bürgern zu verzichten.

Reinhard Bernsdorf